

Die deutschen Gewerkschaften im 1. Weltkrieg

Referat beim Kölner Friedensbildungswerk am 14.März 2014

Manuskript

Der Krieg als Massenmord

Der erste Weltkrieg war ein gigantischer Massenmord. Noch nie waren so viele Menschen in so kurzer Zeit und unter Einsatz neuester Technologien umgebracht worden. Anfangs in geschlossenen Formationen, mit Fahne und Offizieren voran, stürmten die Soldaten aufeinander los, um im dichten Feuer von Maschinengewehren und Artillerie dahin Gemetzelt zu werden. Die höchsten Opferzahlen verzeichneten die Armeen zu Beginn des Kriegs so die französische Armee, die am 22. August in den Ardennen an einem Tag rund 27 000 Soldaten verlor. Gleiches galt für die Deutschen und mehr noch für die russischen Soldaten.

Als der Bewegungskrieg an der Westfront in einem Schützengrabenkampf erstarrte, kamen die neuesten Techniken erstmals voll zum Einsatz: Giftgas, Flammenwerfer, modernste Mörser, am Ende von den Westalliierten erfolgreich eingesetzt die Panzerwaffe und mehr und mehr die Luftwaffe. Auf den Meeren versenkten U Boote hunderte Schiffe und tausende Menschen, darunter viele Zivilisten ertranken. Auch hinter der Front und in der Heimat wurde gestorben, der Hunger in Deutschland und den von deutschen Truppen besetzten Gebieten forderte seine Opfer, in den Rüstungsfabriken litten die Arbeiter und zunehmend die Arbeiterinnen oder Arbeiter. Der erste Weltkrieg wurde als totaler Krieg geführt und am Ende durch die materielle Übermacht der Westalliierten entschieden.

Vom Massenmord zu sprechen heißt, Täter zu benennen. Die Mörder waren nicht die Soldaten, die einander umbrachten, sondern die Generäle und Kommandeure, die völlig kalt und menschenfeindlich die Befehle zu Sturmangriffen gaben, bei denen ein Geländegewinn von einigen hundert Metern zehntausenden das Leben kostete. Bei Arras in Nordfrankreich starben für einen Geländegewinn britischer Truppen von 15 Kilometern in zwei Wochen 250 000 Soldaten. Die Schlachten an der Somme und bei Verdun, waren bewusst als Abnutzungsschlachten konzipiert, in der man hoffte, den Gegner ausbluten zu können. Es waren dann in Deutschland eben jene Militärs, die die Mordbefehle erteilten, die der Arbeiterbewegung, den Räten wie der Mehrheitssozialdemokratie ebenso wie der demokratisch gewählten Regierung der Weimarer Republik die Schuld für die Niederlage in die Schuhe schoben, in dem sie die Lüge vom Dolchstoß der Heimat in den Rücken des kämpfenden Heeres in die Welt setzten.

Die Schuld am Ausbruch des Krieges wurde von der älteren historischen Forschung zumal in Deutschland relativ gleichmäßig auf alle Akteure verteilt. Von einem Hineinschlittern in den Krieg, einem Automatismus der Bündnisse, einem Verhängnis war da die Rede. In Folge der kritischeren Forschungsdiskussion in Deutschland haben Historiker wie Fritz Fischer und Immanuel Geis die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Krieges in seiner imperialistischen Außenpolitik gesehen,

während Hans Ulrich Wehler die Verantwortung Deutschlands für den Kriegsausbruch vor allem in einer Flucht der herrschenden Klassen und der kaiserlichen Regierung in einen Angriffskrieg als Reaktion auf sich zuspitzenden sozialen Auseinandersetzungen sah.

Die Schuldfrage in der derzeit anschwellenden Literatur zum 1. Weltkrieg wird in unserem Lande durch zwei Großinterpreten Christopher Clark (Die Schlafwandler) und Herfried Münkler (Der Große Krieg) nun wieder gleichmäßig auf alle Kriegsmächte verteilt, die Verantwortung Deutschlands erneut relativiert. Diese Debatte vernebelt jedoch, das, was in der Geschichtsforschung die Wahrheit der Fakten genannt wird: Es waren deutsche Ulanen, die am 4. August 1914 bei Aachen die belgische Grenze überschritten und nicht die Belgische Infanterie, die nach Deutschland einmarschierte. Und es beschloss am 29. Juli 1914 die österreichisch ungarische Donauflotte Belgrad und nicht ein serbisches Dampfbote Wien. Die österreichisch ungarische Monarchie erklärte Serbien und Deutschland Frankreich und Russland den Krieg. Der deutsche Generalstab wollte einen schnellen Angriff, um in einem kurzen Krieg zu siegen.

Im Kampf um die Verteilung von Kolonien, Rohstoffquellen und Einflussgebieten hatte Deutschland als erst 1870 geeinte Nation einen, wie der Kaiser und die führenden Wirtschaftskreise es sahen, großen Nachholbedarf gegenüber den klassischen Kolonialmächten Großbritannien und Frankreich. Um diesen Anspruch zu untermauern und um Großbritannien zu erpressen, in der Kolonialfrage nachzugeben, hatte Deutschland mit einer verstärkten Hochrüstung seiner Flotte begonnen. Sie sollte so stark werden, dass sie Großbritannien nicht besiegen, aber ernsthaft bedrohen konnte. In seinem Drang nach Weltgeltung hatte das Deutsche Reich zudem die bisher verfeindeten Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien zu einer Verständigung ihrer Einflussgebiete veranlasst. Hinzu kam die russisch – französische Allianz, von der sich Deutschland zunehmend eingekreist wähnte. Ab 1912 verstärkte sich die auch zu Lande das Wettüben. Der deutsche Generalstab fürchtete Frankreich und Russland daher auf Dauer zu unterliegen und plante seit 1905 einen möglichst frühen und schnellen Waffengang, um zuerst Frankreich und dann Russland ausschalten zu können. Begleitet wurden Flottenrüstung und allgemeine Aufrüstung durch eine zunehmend militaristische und chauvinistische Propanda von vaterländischen und Wehrverbänden. Als in Folge des Attentats von Sarajewo Österreich – Ungarn Serbien als Vormacht auf dem Balken entscheidend schlagen wollte, fand es uneingeschränkte Unterstützung bei der Reichsregierung, die anfangs glaubte den Konflikt lokalisieren zu können. Als sich dann Rußland auf die Seite Serbiens stellte, nahm man die Kriegsgefahr und Kauf und erklärte präventiv Rußland und zugleich Frankreich den Krieg. Der Einmarsch in Belgien hatte dann den Kriegseintritt Großbritannien zur Folge. Diese Abfolge der Ereignisse kann nicht durch noch so viele Geschichten und Vermutungen überdeckt werden. (Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich, Deutschland im ersten Weltkrieg, 2013)

Zur Haltung der Arbeiterbewegung bei Kriegsausbruch.

Die Haltung der Arbeiterbewegung zum Kriege ist vor diesem Hintergrund dringend erklärungsbedürftig. Denn entgegen allen Resolutionen, die die I wie die II. Internationale zur Kriegsfrage gefasst hatten, riefen die Führungen nicht zum Generalstreik auf, sondern in den wichtigsten Ländern Deutschland und Frankreich billigten sie die Kriegspolitik, während sie in Großbritannien diese nicht billigten, aber auch keine Aktionen gegen den Krieg ausriefen. Die Arbeiterbewegung war indes nicht pazifistisch gesinnt, sondern sie war antimilitaristisch. Sie sah im Militär ein Instrument der Klassenherrschaft, das es zu beseitigen und durch eine allgemeine Volksmiliz mit demokratisch zu wählenden Kommandeuren abzulösen galt. Es hieß nicht: Die Waffen nieder, wie es Bertha von Suttner forderte, sondern Krieg dem Kriege das bedeutete, den Ausbruch des Kriegs zu nutzen, um durch Massenstreiks den Sturz der herrschenden Klasse zu

beginnen. Allerdings war die Arbeiterbewegung und ihre Führungen in erster Linie für die Bewahrung des Friedens. Denn sie sahen, welche ungeheuren Opfer der moderne Krieg kosten würde und wer vor allem geopfert würde: Die Arbeiter.

Während jedoch in Folge der Balkankriege zu Beginn des 20. Jahrhunderts immer deutlicher wurde, dass sich die Nationenbildung in Form bewaffneter Konflikte, die die moderne Welt seit Mitte des 19. Jahrhunderts erlebte und erlitt, auch zu einem kriegerischen Gesamtkonflikt ausweiten könnte, während die Resolutionen der Sozialistenkongresse immer drängender formuliert und gemeinsame Kundgebungen mit deutschen und französischen Arbeiterführern stattfanden Jean Jaurès und August Bebel – vollzog sich parallel dazu eine Einbindung der Arbeiterbewegung namentlich der Gewerkschaften in den nationalen Kontext. Vor allem die deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaften hatten in relativ kurzer Zeit große Organisationserfolge errungen, waren zu Massenorganisationen herangewachsen und 1912 war die SPD stärkste Partei im Reichstag und hofften nun auf evolutionären Wege, die Klassenherrschaft in Deutschland überwinden zu können.

Diese Erfolge wollten sie vor allem gegen eine Gefahr aus dem Ausland verteidigen: das zaristische Russland, das von einem autokratischen Zarenreiche beherrscht Ausdruck finsterster Reaktion galt. Bebel hatte im Reichstag geschworen, bei einem Angriff Russlands selbst noch einmal die Flinte auf den Rücken zu nehmen und das Vaterland zu verteidigen. Sozialdemokraten und Gewerkschafter sahen sich zwar sozialpolitisch als Opposition aber politisch strebten sie nach Gleichberechtigung, Anerkennung und damit Integration in die Gesellschaft. Der Vorwurf der vaterlandslosen Gesellen und ihre gesellschaftliche Ausgrenzung traf vor allem die, die aufsteigen wollten. Somit war der Boden bereitet, für das Manöver des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, der es fertig brachte – so der britische Historiker David Stevenson – ein Schüler Ian Kerschaws, die deutsche Arbeiterbewegung davon zu überzeugen, dass Russland der Angreifer sei und man nun in nationaler Einigkeit den gemeinsamen Feind abwehren müsse. „Vom 25. Juli an organisierte die SPD große aber gemäßigte Kriegsdemonstrationen, während ihre Führer in Geheimgesprächen mit Ministern andeuteten, dass ihre Haltung davon abhängen würde, ob der Krieg ein Verteidigungskrieg oder ein Krieg zur Unterstützung eines österreichischen Angriffskrieges sein würde. Die russische Mobilisierung stimmte sie um und unterhöhlte die Volksbewegung. Bethmann Hollwegs Taktik, Russland ins Unrecht zu setzen, erwies sich als erfolgreich.“ (David Stevenson, der Erste Weltkrieg, Mannheim 1910 S. 56)

Geschickt kam denn auch der Kaiser den Sozialdemokraten entgegen, als sie am 4. August 1914 den Kriegskrediten zustimmten, indem er ausrief, er kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche.

Daraus zu schließen, wie es oftmals in der historischen und medialen Darstellung geschieht, dass die Arbeiter jubelnd in den Krieg gezogen seien, entspricht nicht den Tatsachen: Im Gegenteil: Die Stimmung war mehr als gedrückt: Noch wenige Tage vor Beginn des Krieges hatte es Massenkundgebungen der Arbeiterbewegung gegen den Krieg gegeben.

In der Stadt Köln hatte die örtliche SPD für den 28. Juli 1914 zu einer Antikriegskundgebung aufgerufen. Mehr als 10 000 Menschen waren zum Kölner Volkshaus, dem Sitz von SPD und freien Gewerkschaften in die Severin Straße gekommen. „Zum einmütigen Protest gegen jene, die gerne ein internationales Feuerchen anzündeten, zum überwältigenden Schrei nach Erhaltung des Friedens einten sich die Stimmen des arbeitenden Volkes“ schrieb die Rheinische Zeitung. (zitiert nach: Witich Roßmann, Vom mühsamen Weg zur Einheit, Lesebuch zur Geschichte der Kölner Metall Gewerkschaften, Quellen und Dokumente, Hamburg 1991, Band 1 S. 401) „Eines vergaßen die Redner nicht: den Kriegstreibern und Hurrahhelden unter uns, den klerikalen Hetzern und liberalen Stimmungsdiplomaten gründlich die Wahrheit zu sagen.“ Denn diese hatten in den Tagen zuvor schon auf den Straßen und in den Biergärten ihre Kriegsstimmung lautstark zum Ausdruck

gebracht. Nach der Entscheidung der SPD Führung den Kriegskrediten zuzustimmen, trat an die Stelle der Demonstrationen für den Frieden, die Pflichterfüllung für das Vaterland verbunden mit der Hoffnung, nach dem Krieg die Forderungen nach gesellschaftlicher und politischer Gleichstellung, nach Demokratisierung des Reiches besser durchsetzen zu können.. Die Rheinische Zeitung schrieb: „, Diese Volk kämpft gegen den Zaren um seine Freiheit. Alle tun in der Stunde der Gefahr willig die gleiche Pflicht und keine Macht der Erde wird darum imstande sein, ihnen nach dem Krieg das gleiche Recht zu verweigern.“ (zit. nach Roßmann S. 403)

Und was blieb den Menschen auch übrig, als den Gestellungsbefehlen zu folgen, in der Hoffnung, dass es nur ein kurzer und schneller Krieg werden würde. Eine grausige Illusion, die für viele junge Arbeiter schon wenige Tage im Massensterben vor den Fortifikationen von Liege enden sollte, Fortifikationen, die nach den Plänen des Generalstabes umgangen, nach dem Befehl eines ehrgeizigen Heerführers namens Ludendorff , der ab 1916 faktisch der Militärdiktator Deutschlands wurde, jedoch unter großen Verlusten erstürmt werden mussten.

Burgfrieden statt Klassenkampf – die Entscheidung der Gewerkschaften:

Am 1. August 1914 – zwei Tage vor der entscheidenden Sitzung der SPD Reichstagsfraktion kam die Generalkommission der freien Gewerkschaften zusammen. Sie stand ganz unter dem Eindruck einer Information aus dem Buchdruckerverband, nach der die Reichsregierung schon die Befehle zur Auflösung der Gewerkschaften und die Verhaftung ihrer Führer vorbereitet habe. Tatsächlich hatten die kaiserlichen Militärbehörden eine solche Maßnahme ins Auge gefasst. Darum wurden zuerst einmal die Bankguthaben auf die Konten befreundeter Bürgerlicher verschoben oder auf andere Banken überschrieben. Zudem wurde für den Verbotsfall die Verbindung der dann illegalen Organisationseinheiten sichergestellt und der Konflikt mit den christlichen Gewerkschaften beendet. Nach einer Stunde wurde der Vorsitzend Carl Legien herausgebeten, um einen Gesandten des Reichskanzlers Professor Oppenheim zu empfangen, der ihm im Auftrage des Reichskanzlers und der Militärbehörden mitteilte, dass diese nicht an einen solchen selbstmörderischen Schritt - (die Gewerkschaften mit immerhin 2,5 Millionen Mitgliedern) aufzulösen. (Die Darstellung folgt dem Protokoll der Vorständekonferenz vom 2.August 1914 abgedruckt in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert – Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914 – 1919, bearbeitet von Klaus Schönhoven, Köln 1985)

Am folgenden Tag kamen die Vorstände der Gewerkschaften zu ihrer seit Beginn des Jahres als oberstem Beschlussorgan zwischen den Kongressen tagenden Konferenz zusammen. Legien berichtete, dass die Reichsregierung zu einer Konferenz am selben Nachmittag geladen hätte, um mit den Gewerkschaften zu beraten, unter welchen Bedingungen Arbeitslose aufs Land geschickt werden könnten, um dort bei der Einbringung der Ernte zu helfen. Da es bis 1916 noch keine Arbeitspflicht gab, war eine solche Absprache rechtlich geboten. Die Konferenz stimmte dem zu. Wenige Tage später wurde beschlossen, alle Streikbewegungen einzustellen und mit den Behörden in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen zusammenzuarbeiten, um die Folgen des Krieges für die Arbeiter und ihre Familien einschließlich der Angehörigen der zum Militär eingezogenen zu regeln. Es ist offen, ob die Festlegung der Gewerkschaften auf die Zusammenarbeit mit der Reichsregierung die Entscheidung der SPD Fraktion, den Kriegskrediten zuzustimmen vorherbestimmt hat. Immerhin waren fast die Hälfte der Mitglieder Mder Reichstagsfraktion hauptamtliche Gewerkschafter. Aber der Kriegspragmatismus bestimmte das Handeln der Arbeiterbewegung in wirtschaftlichen und sozialen Fragen.

Es war jedoch nicht nur Pragmatismus und eine aus Angst vor der Auflösung bestimmte Anpassung an die realen Machtverhältnisse, die die Führungen der Gewerkschaften leiteten. In der 1915/ 1916

beginnenden Auseinandersetzungen in der SPD über die Fortsetzung der Burgfriedenspolitik in einem Krieg, der immer länger dauerte und immer höhere Opfer forderte, nahmen die Gewerkschaftsführungen eine harte und klare Position ein und drohten sogar, im Falle einer Spaltung der SPD oder eines Abweichens der Mehrheit von der bisherigen Linie mit der Gründung einer eigenen Gewerkschaftspartei. Im Mai 1916 fasste die Generalkommission der freien Gewerkschaften in einer Flugschrift zur Gewerkschaftlichen Kriegspolitik die Gründe für die Entscheidung der Gewerkschaften zusammen:

Die Politik des 4. August 1914 ist "die Politik der gemeinsamen Landesverteidigung ohne Unterschied von Religion, Klasse oder Partei. Sie ist eine Politik der organisatorischen Hebung und Stärkung der Widerstandskraft unseres Volkes gegen die Niederringung Deutschlands mit anderen Mitteln als durch die Überlegenheit der Waffen. Sie ist die Summa der Politik der deutschen Selbsterhaltung" Zur politischen Auseinandersetzung über Haltung der Sozialdemokratie zu Krieg und Frieden nahmen die Gewerkschaften keine Stellung, wohl aber zu der für sie existenziellen Frage der Wirtschaftseinheit. Denn im Falle einer Niederlage befürchteten sie, dass Deutschland „nach den Plänen der Gegner die Vernichtung der Landwirtschaft in Ostpreußen, die Zerstörung der Industrie, die Vernichtung des Handels – kurz sie sahen die „deutsche Arbeit“ bedroht, „die von der Entwicklung der heimischen Volkswirtschaft lebt, die von Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft in hohem Maße abhängig ist.“ (Flugschrift der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zur gewerkschaftlichen Kriegspolitik Mai 1916 in: Schönhoven S. 229 f) Zugleich malten sie das Schreckensbild einer Zerstörung der „deutschen Arbeiterkultur“ im Falle einer Invasion des „Zarismus“. Dazu zählten sie den Arbeitsschutz, die Arbeiterversicherung, die Tarifverträge, die Organisationen der Gewerkschaften „ Es hieße sie mit allen wirtschaftlichen, sozialen und sozialpolitischen Errungenschaften preisgeben, wenn wir das Vaterland seinen Feinden überließe, denn diese würden, unbekümmert um die großen Ziele der Gewerkschaften, ihnen wirtschaftlich und rechtlich den Lebensfaden abschneiden.“ (ebenda) An dieser politischen Orientierung hielten die Gewerkschaftsführungen bis zum Ende des Kriegs fest und verteidigten sie konsequent gegen jede innergewerkschaftliche wie auch innerparteiliche Opposition.

Kriegspartnerschaft und Mitbestimmung

Die Gewerkschaften verbanden ihre Kooperationsbereitschaft mit der Hoffnung, die jahrzehntelange Diskriminierung und Ausgrenzung aus Staat und Gesellschaft überwinden zu können. Tatsächlich betreten nun 44 Jahre nach Gründung des deutschen Reiches und 24 Jahre nach Aufhebung des Sozialistengesetzes zum ersten Male Gewerkschaftsführer und ihre Sekretäre offiziell die Gebäude der stellvertretenden Generalkommandos – die Militärbehörden in der Heimat das Reichsernährungsamt und anderer Behörden. Sie konnten nun quasi auf gleicher Augenhöhe mit den militärischen und zivilen Behörden über Ernährungsprobleme, Fragen der Arbeitsbeschaffung, Fürsorge für Kriegsverletzte und Hinterbliebene und andere soziale Maßnahmen verhandeln. Auch in den Ländern und Kommunen öffneten sich die Türen für die Gewerkschaftsvertreter. Auch lockerte sich die Polizeiaufsicht und wurde die Pressezensur für die Gewerkschaftszeitungen gemildert.

Am 14. November 1914 besichtigten Mitglieder der preußischen Regierung, des Reichskabinetts, des Reichstags und der Militärbehörden Gewerkschaftseinrichtungen in Berlin – ein bis dahin unerhörter Vorgang. Hauptansprechpartner waren die höheren Offiziere der Militärkommandos, Ihre Haltung repräsentierte General Wilhelm Gröner, damals Leiter des preußischen Kriegsamtes dann zeitweise Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, der davon überzeugt war, dass man den Krieg nur mit und nicht gegen die Gewerkschaften gewinnen könne. Tatsächlich war Deutschland wirtschaftlich und auch sozialpolitisch überhaupt nicht auf einen längeren Krieg

vorbereitet und so wurde schnell deutlich, dass die Behörden weder mit der Arbeitsbeschaffung in der Rüstungsindustrie noch mit den sozialen Problemen der zahlreicheren Kriegshinterbliebenen, Kriegsversehrten, mit der Ernährung der Bevölkerung fertig wurden. Die Gewerkschaften hatten nach Kriegsausbruch durch Einberufung und die hohen Verluste der Truppen fast 1 Million Mitglieder verloren und sanken 1915 unter die eine Million. Im Laufe des Kriegs gewannen sie jedoch wieder eine halbe Million und überschritten Ende 1918 mit 2,8 Millionen selbst das Vorkriegsniveau.

Die insgesamt geschäftsmäßige Zusammenarbeit mit den Militär und Zivilbehörden auf die Wirtschaft auszudehnen gelang jedoch nur teilweise. Ein Gesprächsangebot an die Reichsvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zu Kriegsbeginn stieß bei den Arbeitgeberverbänden auf eisige Ablehnung. Auch blockierten die Rüstungsindustriellen, die enorme Kriegsgewinne einstrichen und auf die die Reichsregierung angewiesen war, jede Form der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. In einigen Wehrkreisen gelang es den Stahl und Kohlebaronen sogar die Militärbehörden davon zu überzeugen, dass eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften mehr zur Beunruhigung der Lage beitrüge als zur Konsolidierung der schwierigen Verhältnisse. Nur in den Branchen wie etwa in der Holzindustrie, wo es bereits Tarifverträge gab und ein gemeinsames Interesse an Aufträgen und Arbeitskräften kam es zu einer Form von Kriegspartnerschaft. Die Gewerkschaften waren jedoch im Unklaren darüber, ob diese Partnerschaften die Nachkriegszeit überdauern würden.

Ein Durchbruch auf dem Weg zur Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital war angesichts des klaren Klassenstandpunktes der Großindustriellen und ihrer Verbände, das vaterländische Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916. Es war – so der Historiker Klaus Schönhoven – das bedeutendste Zugeständnis des Staates an die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung während des Krieges. (Schönhoven Quellen S. 17) Die Oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff sahen nur in einer totalen Mobilmachung aller wirtschaftlichen Reserven die Chance, den Krieg militärisch noch gewinnen zu können und dazu gehörte die Arbeitspflicht für alle männlichen Einwohner von 16 bis 60 Jahren. Der Reichstag, dessen Rechte im Krieg nicht eingeschränkt waren, musste diesem Gesetz zustimmen, So konnten die Gewerkschaften aller Richtungen – die christlichen und liberalen hatten 1914 ohne Probleme auf Grund ihrer nationalen Orientierung eh eng mit den Behörden zusammengearbeitet – sich nun darauf konzentrieren, bei der Mehrheit aus SPD, dem Zentrum wie Liberalen eine Mehrheit für die Beteiligung der Gewerkschaften in Lohn und Arbeitszeitfragen in den Unternehmen zu werben. Vorbild war der im Februar 1915 unter Mitwirkung der Feldzeugmeisterei in Berlin gebildete Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß Berlin, in dem paritätisch Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammenarbeiteten um Streitfälle zu schlichten. Denn dies war die Bedingung, dass die Gewerkschaften einer Arbeitspflicht in der Berliner Rüstungsindustrie zustimmten.

Tatsächlich gelang es nun im Vaterländischen Hilfsdienstgesetz die Einführung von Arbeiter und Angestelltenausschüssen in allen kriegswichtigen Betrieben durchzusetzen. Dort wo mehr als 50 Arbeiter bzw. Angestellte beschäftigt waren, wurden diese Ausschüsse gegründet – in den vor allem Lohn und Arbeitszeitfragen wie die Arbeitsbedingungen diskutiert wurden. Streitfälle wurden dann in paritätischen Schlichtungsausschüssen behandelt, deren Vorsitz in der Regel in Vertreter des Kriegsamtes innehatten – also ein Militär. In der Geschichte der Mitbestimmung wird das Hilfsdienstgesetz überwiegend positiv beurteilt. (Werner Milert, Rudolf Tschirbs, Die andere Demokratie, Betriebliche Interessensvertretung in Deutschland 1848 – 2008, Essen 2013), während hingegen die linke Opposition in der SPD sowie oppositionelle Gewerkschafter die Zustimmung zur Arbeitspflicht als „Ausnahmegesetz für die Arbeitgeber“ ablehnten. (So Richard Müller, der

Initiator der gewerkschaftlichen Opposition im Berliner Metallarbeiterverband – siehe dazu: Ralf Hoffrogge, Richard Müller, Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008 S. 42) Aber übersehen werden darf ebenso nicht, dass dieses Gesetz in den Augen vieler Arbeitgeber nur vorübergehend für die Kriegszeit hingenommen wurde. Weiteren Absichten der Gewerkschaften aus der Kooperation in den Betrieben wie auch in der Staatlich gesteuerten Versorgungs- Produktions- und Preispolitik eine dauerhafte Einrichtung auch im Sinne gesamtwirtschaftlicher Partnerschaft zu machen, traten sie entschieden entgegen. „Der Widerstand gegen Staatsinterventionismus und Staatsozialismus stand 1917/ 1918 im Zentrum der unternehmerischen Politik“ (Schönhoven S. 19).

Sozialer Protest und Opposition gegen den Krieg.

„Die vielfach als Erfolg gewertete Anerkennung der Gewerkschaften war nur um den Preis ihrer fortschreitenden Einbindung in das Herrschaftssystem des Wilhelminischen Kaiserreiches zu erreichen, für dessen Politik sie Mitverantwortung und – in den Augen einer wachsenden Zahl von Arbeiterinnen und Arbeitern – auch Mithaftung übernahmen“ so der Historiker Michael Schneider (Michael Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute Bonn 2000 S. 132). Denn die Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter verschlechterte sich schon im ersten Kriegswinter rapide: Die deutsche Landwirtschaft war nicht auf den Krieg eingestellt und verlor viele Arbeitskräfte an das Militär. Auch die Produktion von Nahrungsmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs ging kriegsbedingt zurück und wurde zu Gunsten der Rüstungsproduktion eingestellt. Die Preise für die rationierten Lebensmittel stiegen rasant und auch die Rationen wurden immer weiter gekürzt. Die Preise für die wichtigsten Güter des täglichen Bedarfs hingegen explodierten schon im ersten Kriegsjahr: Für Roggenmehl um 78,5 Prozent, Gerstengraupen um 175 Prozent, Butter um 48 Prozent, Reis um 172 Prozent, Schweinefleisch um 94 Prozent, Speck um 157 Prozent, Milch um 18 Prozent und Äpfel um 38,4 Prozent. Nur die Preise für alte Kartoffeln sanken um 8 Prozent. Auch die Kohlenpreise stiegen um 16 Prozent. Die Löhne blieben weitgehend auf dem gleichen Stand wie 1914. Zugleich verdoppelten die Industrieunternehmen etwa im Raume Köln ihre Dividenden an die Aktionäre. (Bericht über die Lohnverhältnisse der Kölner Metallarbeiter August 1914 – September 1915 zit. nach Roßmann S. 415)

Gleichzeitig veränderte sich die Zusammensetzung der Arbeiterklasse: An Stelle der Männer wurden mehr und mehr Frauen in der Industrie wie im öffentlichen Sektor eingestellt. Hinzu kamen junge Arbeiterinnen und Jungarbeiter unter 18 Jahren sowie Landarbeiter, die sich nur schwer an die Industriearbeit gewöhnen mussten. Für die neu rekrutieren Arbeitskräfte zahlten die Arbeitgeber aber weit geringere Löhne und setzten sie den miserabelsten Arbeitsbedingungen aus. „ Die Lohn und Arbeitsverhältnisse (der Frauen) sind im Allgemeinen noch schlechter als bei den Männern. Besonders hatten wir uns mit den Verhältnissen der Fabrik Elektrischer Zünder in Köln Niehl zu befassen. Unzählige Frauen arbeiten monatelang für 25 Pf. die Stunde. Die Arbeitszeit in Niehl dauert jeden Abend bis 8 ¼ Uhr und sonntags bis mittags um 12 ¼ Uhr. Kleiderschränke und Ankleideräume kennt man nicht. Waschvorrichtungen fehlen überall. In einer einzigen Rinne, wo neues Wasser nicht hinzuläuft, müssen sich gegen 200 Arbeiterinnen waschen. Aborte fehlen und sind in einem miserablen Zustand. In nassen Arbeitsräumen wird ohne Heizung gearbeitet; in den direkt gesundheitsschädlichen Räumen fehlt es an der notwendigen Ventilation. Ohnmachtsanfälle sind an der Tagesordnung; stundenlang müssen die Ohnmächtigen ohne Hilfe auf der Erde liege.“ (Bericht über die Generalversammlung des DMV Köln 15. Oktober 1916 zit. nach Roßmann S. 419)

Die Blockade der Alliierten vor allem aber Miswirtschaft, Schwarzmarkt und Schieberei taten ein Übriges, dass immer mehr Menschen hungerten. Im April 1915 kam es zu ersten Protesten gegen

die angekündigten Kürzungen der Brotrationen, im zweiten Kriegswinter brachen in vielen Städten Hungerunruhen aus, Der dritte Kriegswinter, in dem sich Millionen Menschen von Kartoffeln und Steckrüben ernähren mussten, sah dann eine Ausweitung der Protestwelle und viele spontane Streiks. Diese Streiks wurden von Frauen und Jungarbeitern getragen, fanden aber auch die Unterstützung der wenigen noch verbliebenen Facharbeiter, die bis zum Übermaß als Leistungsträger schufteten mussten. Im Januar 1917 stieg die Zahl der Streiks auf 562 und die der Streikenden auf 668 032 (statistisches Reichsamt nach Schneider S. 138)

Die Gewerkschaften waren immer weniger in der Lage, auf friedlichem Wege, durch Verhandlungen oder auch indem sie die neuen Mitbestimmungsrechte wahrnahmen, der Not der Beschäftigten Herr zu werden. Dies lag am Versagen der Behörden wie der Zuspitzung der Ernährungsprobleme, dies hatte seine Ursache aber auch in der nachlassenden Verankerung der Gewerkschaften in den Betrieben. Den Gewerkschaften fehlten nach der Einberufung vieler Funktionäre zum Militär erfahrene Vertrauensleute in den Betrieben. Zudem hatten sie seit ihrer Gründung kein Konzept und waren oftmals auch nicht willens, Arbeiterinnen zu organisieren und ihnen Führungsaufgaben zu übertragen. Und zudem hatten sie eine politische Jugendarbeit von Anfang bekämpft, sodass sie nun keinen Bezug zu den jungen Arbeitern hatten, die zudem noch von den Militärbehörden mit dem Zwangssparen überzogen wurden – der Einbehaltung des geringen Lohnes, damit die Jugend ihn nicht in Alkohol und Vergnügungen ausgeben könne. Bei den ersten sozialen Protesten war es den Gewerkschaften noch gelungen, durch Einwirken auf die Streikenden sowie Verhandlungen mit den Militär und Zivilbehörden auf kommunaler Ebene die Streikbewegungen einzudämmen. Diese dauerten in der Regel nur wenige Tage und überschritten nicht die Grenzen der Städte.

Unter dem Eindruck der russischen Februarrevolution streikten im April 1917 300 000 Rüstungsarbeiter in Berlin. Auch in anderen Städten kam es in der Metallindustrie zu Arbeitsniederlegungen. Zum einen war mit der russischen Revolution im März 1917 und dem Rücktritt des Zaren das immer noch allgegenwärtige Feindbild des russischen Zarismus nicht mehr tauglich, um weitere Kriegsanstrengungen zu rechtfertigen. Zum anderen waren die Arbeitgeber trotz der Arbeiterausschüsse in den Betrieben nicht bereit, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Nachdem es in Köln bereits im März / April 1917 zu spontanen Streiks gekommen war, suchten SPD Führung unter Wilhelm Sollmann und der DMV Bevollmächtigte August Haas mit einer Kundgebung im Volkshaus die Bewegung zu führen, konnten aber Arbeitsniederlegungen in mehreren Metallbetrieben nicht verhindern. Haas gelang es aber die Streikenden dazu zu bewegen, ihre Forderungen nach kürzeren Arbeitszeiten und höheren Löhnen an die Arbeitgeber zu adressieren und nicht zum Rathaus zu marschieren und eine bessere Versorgung zu fordern. Mit Massenversammlungen und der Unterstützung des Berliner Kriegsamtes konnten dann die Arbeitgeber zu Zugeständnissen bewegt werden und nach heftigen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen dann im September 1917 ein Tarifvertrag über eine Wochenarbeitszeitverkürzung auf 53 – 54 Stunden und ein Lohnausgleich von 7 Prozent vereinbart werden (Roßmann S. 54) Auch die anderen Streiks im Reiche waren noch keine politischen Streiks

Die Generalkommission reagierte auf die Aprilstreiks 1917 mit einem Rundschreiben an ihre Gau und Bezirksleiter mit der Mahnung, Aufklärung über die Haltung der Gewerkschaften zu betreiben und der politischen Agitation der Betriebsobleute und der Spartakusgruppe entgegenzutreten. „Deutschland ist nicht Russland. Die Revolutionsspielereien der Arbeitsgemeinschaft (der Betriebsobleute W.U.) und Spartakusgruppe gefährden lediglich die deutsche Arbeiterbewegung, insbesondere unsere gewerkschaftlichen Organisationen, und die Verteidigungskraft des Landes. Es ist uns bisher gelungen, die maßgebenden Stellen davon abzuhalten, scharfe Maßregeln zu ergreifen. Gelingt es der Arbeitsgemeinschaft weiterhin wilde politische Streiks zu entfesseln, dann

werden solche Maßnahmen allerdings weiterhin unausbleiblich sein.“ (Rundschreiben der Generalkommission an die Verbandsvorstände betr. die Aprilstreiks vom 23.4.1917.in Schönhoven S. 350 f.)

Doch weder die Sorge um die Schwächung der Landesverteidigung noch die Gefährdung der Organisationen hinderten die sich radikalierenden und politisierenden Betriebsarbeiter daran, erneut zu streiken. . Als sich nach der Oktoberrevolution die neue von den Bolschewiki geführte Regierung für den sofortigen Frieden aussprach, sahen viele Arbeiter endlich die Chance mit Streiks das Ende des Krieges herbeiführen zu können.

Anfang Januar 1918 legten mehr als 1 Million Arbeiterinnen und Arbeiter in der Rüstungsindustrie und gingen unter der Parole Frieden – Freiheit und Brot auf die Straße. Aus dem sozialen Protest wurde eine Bewegung für einen sofortigen Friedensschluss ohne Gebietsansprüche, eine Demokratisierung der autoritären Gesellschaft und eine bessere Lebensmittelversorgung. Die Betriebsvertrauensleute, Obleute und Arbeiterräte wandten sich direkt an die Arbeiterparteien, die USPD, auch die MSPD oder an die Spartakusgruppe. Sie artikulierten ihren Protest in den Betrieben während der Arbeitszeit, nicht auf Delegiertenversammlungen nach Feierabend.

In Berlin gründeten sich während des Streiks der Groß Berliner Arbeiterrat, geleitet von einem Aktionsausschuss, dem je 3 Vertreter der MSPD und der 1917 gegründeten USPD aber kein Gewerkschaftsvertreter angehörten. Diese Streikbewegungen wurden von den hochqualifizierten Stammebelegschaften geführt. Sie hatten zwar viele Anknüpfungspunkte in der schlechten sozialen Lage. Aber sie wurden von Anfang an als politische Bewegungen begriffen.

In den Januar Streiks standen die Gewerkschaften abseits. Auf einer Vorstandskonferenz am 1. 2.1918 distanzieren sich die Gewerkschaftsführungen: „ Die Gewerkschaften stehen diesen Streiks fern, ihre Leitungen sind an ihnen in keiner Weise beteiligt. Wohl aber sind von den Gewerkschaftsleitungen die entscheidenden Stellen im Reiche seit Monaten mündlich und schriftlich ersucht worden, die Ursachen zu beseitigen, welche die steigende Erbitterung der arbeitenden Bevölkerung hervorgerufen haben. Leider haben diese Warnungen keine genügende Beachtung gefunden.“ (Beschluss der Konferenz der Verbandsvorstände vom 1. Februar 1918 zit. in Schönhoven S. 431) In der unzureichenden Ernährung, aber auch in der zunehmenden Repression in den Betrieben, die Weigerung, das Reich zu demokratisieren und das preußische Drei Klassenwahlrecht abzuschaffen und die unklare Haltung der Reichsregierung gegenüber allen Annexionsplänen der Nationalisten und damit für einen schnellen Friedensschluss, hatte die Erbitterung gesteigert. Die Gewerkschaften warnten die Behörden vor Repression und Gewaltanwendung versicherten aber, ihre ganze Kraft für die Sicherung der Landesverteidigung einzusetzen. Sie konnten und wollten keinen ernsthaften Konfrontationskurs wagen und hielten an der Politik des 4.August, der Unterstützung der Landesverteidigung fest. Damit verloren sie jeglichen Einfluss auf die Streikbewegungen, die in die Revolution des November 1918 mündeten.

Sozialpartnerschaft statt Revolution

Die Novemberrevolution fand ohne die Führungen der Gewerkschaften statt. Weder die revoltierenden Matrosen in Kiel, noch die sich überall bildenden Arbeiterräte in den Betrieben und auch nicht die Soldatenräte hörten in irgendeiner Weise auf die Generalkommission der freien noch auf die christlichen oder die liberalen Gewerkschaften. Dabei wurden viele örtliche Gewerkschaftsfunktionäre und Vertrauensleute in die Räte gewählt.

Die Führungen hatten vergeblich gehofft, durch Eintritt in die letzte Reichsregierung des Prinzen

Max von Baden, die sozialen Probleme besser lösen und eine Demokratisierung des Reiches auf friedlichem Wege einleiten zu können. Die neue Regierung war von Obersten Heeresleitung unter dem Eindruck des drohenden Zusammenbruchs der Westfront noch schnell installiert worden, um der Reichstagsmehrheit aus MSPD, Zentrum und Liberalen die Verantwortung für den unvermeidlichen Waffenstillstand und einen harten Frieden zuzuschieben.

Die Gewerkschaften entsandten Gustav Bauer als Leiter des Reichsarbeitsamtes und Robert Schmidt, als Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt. Beide kamen aus der Generalkommission und besaßen ihr Vertrauen.

Als Max von Baden dem Führer der MSPD Friedrich Ebert unter dem Eindruck der Revolution das Amt des Reichskanzlers übergab und dann auf Druck der Berliner Rätebewegung der Rat der Volksbeauftragten bildete, mit 3 MSPD und 3 USPD Vertretern spielten die Gewerkschaften keine Rolle mehr in der neuen Regierung. Sie hatten gegenüber den revolutionären Massen, wie gegenüber der Politik jede Autorität verloren. Diese Distanz zu den politischen Umbrüchen, die sie im Nachhinein als freiwillige Abstinenz zu rechtfertigen suchten, verhinderte, dass die sich vertiefende Spaltung der Arbeiterbewegung, die nach der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg und der Niederschlagung der Rätebewegung in Berlin durch reaktionäre Freikorps auf Befehl des Sozialdemokraten Gustav Noske unumkehrbar wurde, zu einer Gewerkschaftsspaltung führte.

Sie konnten sich jedoch durch eine politischen Coup an die Spitze der wirtschaftlichen und sozialen Kräfte setzen, die keine revolutionäre Umgestaltung der Wirtschaft anstrebten, sondern eine evolutionäre und vor allem sozialpartnerschaftlich geprägte Weiterentwicklung. Am 15. November 1918 – fünf Tage nach der Revolution vom 9. November schlossen Carl Legien für die Generalkommission und der Ruhr industrielle Hugo Stinnes für die Arbeitgeberverbände, das Abkommen über die Zentralarbeitsgemeinschaft.

Hervorgegangen war dieses Abkommen aus informellen Kontakten, die seit dem Sommer 1917 bestanden mit dem Ziel, die Demobilisierung des Millionenheeres, die Rückkehr an die Arbeitsplätze und die Umstellung der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft zu ermöglichen. Denn die Gewerkschaften wollten jegliches Chaos und den wirtschaftlichen Zusammenbruch vermeiden. Als im Oktober 1918 die militärische Niederlage unabweisbar war, schwenkte das ganze Arbeitgeberlager einschließlich der Industrie auf den Verständigungskurs mit den Gewerkschaften um.

In dem in wenigen Tagen ausgehandelten Abkommen erkannten die Arbeitgeber die Gewerkschaften als einzige legitime Vertretung der Arbeiterschaft an, garantierten die Koalitionsfreiheit und die Bindewirkung kollektiver Tarifverträge, die Einrichtung paritätischer Arbeitsnachweise und Schlichtungsausschüsse, vereinbart wurde die Gründung von Arbeiterausschüssen in Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern sowie die Ausschaltung der gelben Werkvereine, die von den Arbeitgebern gegründet worden waren. Den rückkehrenden Soldaten wurde der Arbeitsplatz garantiert, die bis dahin dort beschäftigten Frauen mussten in Folge dessen wieder an den Herd. Die Zusage, überall den 8 Stunden Tag ohne Lohn einbußen einzuführen, verbanden die Arbeitgeber mit dem Verweis auf die internationalen Raumbedingungen und ließen sich so eine Hintertür offen. Um die vereinbarten Maßnahmen umzusetzen, wurde eine Zentralarbeitsgemeinschaft mit einem Sekretariat gegründet.

Die Gewerkschaften hatten in wenigen Wochen erreicht, wofür sie Jahrzehnte gekämpft hatten. Sie waren davon überzeugt, auf diesem evolutionären und sozialpartnerschaftlichen Wege die neue Demokratie wirtschaftlich und sozial ausgestalten zu können. Sie hatten jedoch faktisch die

kapitalistischen Eigentumsverhältnisse in der Wirtschaft garantiert, ebenso wie die Macht Verhältnisse in den Unternehmen vor allem in der Industrie. Schon wenige Wochen nach dem ZAG Abkommen mussten sie erkennen, dass für die Schwerindustrie dieses Abkommen nichts mehr als ein taktisches Bündnis war, von dem sie sich so schnell wie möglich verabschieden wollte.

Die Gewerkschaften und der Frieden.

Weder die große Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter noch Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften hatten den Krieg gewollt und unterschieden sich vor und während des Krieges von den chauvinistischen, nationalistischen und militaristischen Massenbewegungen die sich überwiegend aus den Bürgerlichen, konservativen und mehrheitlich auch akademischen Schichten, dem Adel, den Landjunkern und dem Militär rekrutierten. Sie hielten konsequent an der Politik der Landesverteidigung fest und wollten nicht einsehen, dass die Landesverteidigung eine schlichte Aggression des militaristischen Deutschland war. Sie bekämpften jede Opposition gegen den Krieg in der SPD als auch in den Gewerkschaften. Schon im Februar 1915 hatten 150 örtliche Gewerkschaftsfunktionäre eine Resolution Karl Liebknechts gegen den Krieg unterschrieben. Als eine mehr propagandistisch gemeinte Friedensdeklaration des Reichskanzlers, die keinen Verzicht auf Annexionen enthielt von den Alliierten abgelehnt wurde, schlossen sich in einer gemeinsamen Erklärung die Gewerkschaften aller Richtungen der allgemeinen Empörung sogar an. Als die Streiks ab 1917 zu Streikbewegungen für den Frieden wurden, stellten sich die Gewerkschaften dagegen. Als sich im gleichen Jahr jedoch dann im Reichstag eine Mehrheit aus SPD, Zentrum und Liberalen für einen Frieden ohne Annexionen aussprach, folgten die Gewerkschaften diesem Kurs. Eine erste gewerkschaftliche Initiative für einen künftigen Friedensschluss ging jedoch nicht von den deutschen, sondern von den französischen, englischen, belgischen und italienischen Gewerkschaften aus. Sie kamen vom 5. bis 7. Juli 1916 im englischen Leeds zusammen, um über gemeinsame Forderungen an einen Friedensvertrag zu beraten. In einem Rundschreiben an die gewerkschaftlichen Landeszentralen des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der noch immer in Berlin seinen Sitz hatte und dessen Vorsitzender Carl Legien war, übermittelten sie die auf der Grundlage früherer Beschlusslagen des IGB entwickelten Forderungen. Sie verlangten, dass ein Friedensvertrag, „der den jetzigen Krieg beenden und den Völkern die Freiheit und politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit geben wird, gleichzeitig der Arbeiterklasse aller Länder ein Mindestmaß von Garantien sichern soll. bezüglich des Koalitionsrechtes, der Freizügigkeit, Sozialversicherung, Arbeitszeit, Hygiene und Arbeiterschutz, um diese zugleich vor Angriffen der internationalen kapitalistischen Konkurrenz zu schützen.“ (27.9.1916 Rundschreiben der CGT an die gewerkschaftlichen Landeszentralen zit. in Schönhoven S. 246 f.). Zur Vereinheitlichung der Arbeitsgesetze und Regeln sollte ein internationales Arbeitsamt geschaffen werden. Die Freizügigkeit sollte garantiert werden, jedoch ein paritätisch besetztes Aus- und Einwanderungsamt geschaffen werden. Dieses Amt sollte den Grundsatz des gleichen Lohnes und der gleichen Arbeitsbedingungen für die Einwanderer kontrollieren und zugleich den Umfang der Anwerbung festlegen. Mit diesen Forderungen wollten die Gewerkschaften das „Leben der Arbeiter-internationale“ wiederaufnehmen – sie als Akteure im Kriege wieder sichtbar machen und darum sollte der Sitz von Berlin in ein neutrales Land verlegt werden.

Carl Legien nahm dann fünf Monate später seinerseits zu dem Schreiben der französischen und englischen Verbände und den Forderungen von Leeds Stellung ebenfalls in einem Rundschreiben an die Landeszentralen Stellung. Er stimmte vielen Forderungen im Grundsatz zu, bewertete einzelne Forderung kritisch und lehnte eine Verlegung des Sitzes des IGB ab. Vorangegangen waren im Oktober und November 1916 Versuche der deutschen und skandinavischen Verbände, zu einer internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern zusammenzukommen. Vom 1. bis 4. Oktober 1917 kamen dann die Gewerkschaften aus Skandinavien, Bulgarien, Holland, Österreich, Ungarn,

Deutschland und der Schweiz in Bern zusammen. Die Gewerkschaften aus Großbritannien, Belgien und der USA hatte die Teilnahme abgelehnt, den französischen und italienischen Vertretern war von ihren Regierungen die Ausreise verweigert worden. Die Konferenz verabschiedete einen Forderungskatalog in dessen Mittelpunkt die Freizügigkeit, das Koalitionsrecht, die Sozialversicherung, die Arbeitszeit von 10 Stunden für alle und in der Industrie von 8 Stunden sowie der Arbeiter und Arbeiterinnenschutz standen. Die teilnehmenden verpflichteten sich, in ihren Ländern auf die Regierungen einzuwirken in einem Friedensvertrag diese Forderungen zu verankern. Sie wollten so Druck für und auf Friedensverhandlungen im Rahmen ihrer Kompetenzen machen. Die Generalkommission leitete dann diese Forderungen in Form einer Eingabe an die Reichsregierung des Kanzlers Hertling am 15. November 1917 weiter. ((Eingabe der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands an Reichskanzler Hertling mit den in Bern beschlossenen gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag zit.in Schönhoven S. 382 f.).

Erst nach dem Waffenstillstand 1918 und in Vorbereitung der Friedenskonferenz von Versailles kamen dann die Gewerkschaften aller Kriegsführenden Parteien vom 5 bis 9. Februar 1919 in Bern zusammen, um einen gemeinsamen Forderungskatalog, ein Programm für die internationale Arbeitergesetzgebung an die Friedenskonferenz in Paris zu verabschieden. Als Teil der deutschen Delegation versuchte Carl Legien dann freilich vergeblich diese Forderungen im Friedensvertrag zu verankern. Er fand zwar die Unterstützung des deutschen Delegationsleiters, Außenminister von Brockdorff Rantzau, der die Forderungen den Alliierten, aber diese Delegation hatte nichts zu verhandeln, sondern nur den Vertrag von Versailles zu unterschreiben, so wie er ihr vorgelegt worden war.

^

Tief enttäuscht und empört reagierten die Gewerkschaften auf den Versailler Vertrag. Von einer internationalen Arbeitsgesetzgebung war nur die Einrichtung eines Internationalen Arbeitsamtes geblieben. Aber vor allem die harten Friedensbedingungen stießen auf massiven Protest. In der Vorständekonferenz am 14 und 15. Mai 1919 erklärte Legien: „Wer noch während der Kriegszeit jemals daran gezweifelt hat, ob Deutschland sich in einem Verteidigungskrieg befindet, der wird nach Kenntnisnahme dieser Friedensbedingungen diesen Zweifel fallen lassen.“ (13./14.5. 1919 Konferenz der Verbandsvorstände zit. in Schönhoven S. 756 f.) In einem Aufruf an die organisierten Arbeiter aller Länder protestierten die Deutschen Gewerkschaften: gegen die „brutale Erdrosselung des deutschen Volkes, die der Imperialismus der Westmächte durch seine jetzt bekannt gegebenen Friedensbedingungen herbeizuführen entschlossen ist. Die deutschen Gewerkschaften erkennen durchaus an, dass die durch den Krieg angerichteten Verwüstungen in Belgien und Nordfrankreich wieder gut gemacht werden müssen und Deutschland hat längst seine Bereitwilligkeit erklärt, nach besten Kräften daran mitzuwirken. Aber diese Friedensbedingungen der Entente stellen einen imperialistischen Gewaltfrieden schlimmster Art dar.“ (ebenda.) Dennoch blieb der Mehrheit der Nationalversammlung nichts anderes übrig, als diesen Vertrag zu ratifizieren. Die Gewerkschaften engagierten sich dann in der Folgezeit auf der internationalen Ebene, die Friedensbedingungen insbesondere die Reparationen zu mildern und auf vielen internationalen Konferenzen dann Pläne für ein friedliches und soziales Europa – die Vereinigten Staaten von Europa zu schmieden – am Ende vergeblich.

